

Bürgergemeinden im Wandel

Das **Zusammenwirken und die Abgrenzung von Bürgern und Niedergelassenen** prägten über Jahrzehnte hinweg die Entwicklung des Bündner Staatswesens, aber auch den Bündner Alltag. Eine **Studie** leuchtet diese Entwicklung aus.

► CLAUDIO WILLI

I

In einer umfangreichen Forschungsstudie, die jetzt in Buchform vorliegt, untersuchte der Historiker Simon Bundi das spannungsreiche Zusammenleben von «Gemeindebürgern, Niedergelassenen und Ausländern – eine Bündner Abgrenzungsgeschichte 1874-1974». Die Studie, mit der Bundi an der Universität Zürich promovierte, wurde im Rahmen eines Projekts des Instituts für Kulturforschung erarbeitet.

Das Jahr 1874 wurde als Wegmarke genommen, weil mit dem damaligen Niederlassungsgesetz die zugezogenen Personen Gemeindebürgern gleichgestellt wurden. Jedenfalls im Prinzip. Denn Spannungen zwischen Gemeindebürgern und Niedergelassenen sorgten jahrzehntelang immer wieder für Streitigkeiten. Dabei ging es nicht nur um Privilegien im Bodenrecht oder um Vorrechte der Bürgergemeinden als Hüterinnen von Alp- und Weiderechten. Der Autor weist nach, wie die Trennung von Bürgern und Nichtbürgern im Alltag, im Brauchtum, im Sprachgebrauch und im Verein noch lange eine Rolle spielte, die erst im 20. Jahrhundert allmählich überwunden wurde. Das kantonale Niederlassungsgesetz versuchte Regeln aufzustellen, liess aber offensichtlich viele Interpretationen offen. Der juristische Weg zu einer genauen Kompetenzausscheidung und Abgrenzung zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde war lang und sehr konfliktreich, er dauerte genau hundert Jahre, nämlich von der Etablierung der Einwohnergemeinde 1874 bis zur Annahme eines Gemeindegesetzes 1974.

Hundertjähriger Rechtskonflikt

Das am 1. Februar 1874 mit 6553:3037 Stimmen angenommene neue kantonale Niederlassungsgesetz wurde als «liberales Modell» gefeiert: Alle Schweizer konnten sich nun nahezu gleichberechtigt an allen kommunalen Einrichtungen beteiligen. Das «Klagelied eines alten Bürgers» im «Bündner Tagblatt» auf diese Abstimmung zeigte, dass den Niedergelassenen die Fähigkeit für «einen sorgsamsten Umgang mit dem Nutzungsvermögen» misstraut wurde. Das Gesetz war als Grundlage für



Engagierte Bürger unter sich: Das Umschlagbild des Buches dokumentiert den **Jahresausflug des Bürgervereins Chur** im Jahr 1950 nach Arosa. (ZVG)

eine Einheitsgemeinde vorgesehen, möglich aber blieb unter dem Begriff eines «Gemeinde-Dualismus», neben der Einwohnergemeinde eine Bürgergemeinde, wie beispielsweise in der Stadt Chur schon früh erfolgreich praktiziert wurde.

Revisionsversuche abgewehrt

In verschiedenen Kapiteln wird in chronologischer Form die Geschichte des Streits um Eigentumsrechte und Kompetenzen zwischen Gemeindebürgern und Niedergelassenen erzählt. Um die Rechte von Bürgergemeinden wurde in heftig ausgetragenen Abstimmungskämpfen gefochten. Für die 1890er-Jahre wird dokumentiert, wie ein Initiativkomitee versuchte, die Rechtsprivilegien der Bürger auszubauen und die relative Gleichstellung der Niedergelassenen wieder zu schwächen. Konkret ging es darum, nicht nur das Eigentum, sondern auch die Nutzungs- und Verwaltungsbefugnisse am Gemeindevermögen der Bürgergemeinde zuzusprechen. Treibende Kraft hinter den Initiativen war Theophil Sprecher von Bernegg, der spätere Generalstabschef im Ersten Weltkrieg. Die «alten Rechte der Bürger» wurden nun zur wichtigsten Waffe, aber den liberalen Kräften gelang es, diese Revisionsversuche abzuwehren.

Die «Fremdenabwehr»

Ein besonderes Kapitel ist der Einbürgerungspolitik gewidmet, welches bis heute eine Hauptaufgabe der Bürgergemeinde geblieben ist.

Hier dokumentiert Bundi die Ausgrenzung der Nicht-Bürger, die «Fremdenabwehr», an Hand vieler Recherchen Gemeindearchiven recherchierten Dokumenten. Ein Kapitel handelt denn auch «Von den Gemeinden, die nur ungern neue Bürger aufnehmen». In der Folge des Ersten Weltkriegs wurde die Einbürgerungspraxis sehr restriktiv gehalten, was Ausländer betrifft. Nicht nur aus ökonomischen Gründen, auch um den Erhalt der Bürgerschaft als «politisch-soziale Einheit» sei es beim Ausschluss von Katholiken oder Juden gegangen. In vielen Bürgergemeinden seien Katholiken noch bis in die 1950er-Jahre von einer Aufnahme ins Bürgerrecht reformierter Gemeinden ausgeschlossen gewesen.

Vorrang im Alltag

Die organisatorische und statutarische Trennung zwischen Ortsbürgern und Niedergelassenen gab es nicht nur auf politischer Ebene, sondern ebenso im Verein, im Brauchtum und im täglichen Sprachgebrauch. So konnte es vorkommen, dass Niedergelassene von prestigeträchtigen Ämtern ausgeschlossen wurden, wie Bundi gerne das Beispiel der Emser Knabenschaft zitiert, wo früher nur Emser Bürger im Führungsstab mitmachen durften.

In Graubünden gehören heute Chur, Igis, Domat/Ems, Landquart, Bonaduz und St. Moritz zu den wichtigsten Bürgergemeinden. An diesen Orten nehmen diese die Ein-

bürgerungen vor, verwalten ihre Liegenschaften und haben bei allen Geschäften, die Wälder, Alpen und Weiden betreffen, ein Mitspracherecht. Aktive Bürgergemeinden unterstützen gemeinnützige Projekte, Sportvereine oder Musikschulen, ergänzen die politische Gemeinde bei Vorhaben zum Wohle der Allgemeinheit und beweisen damit ihre Daseinsberechtigung. Eine neue Herausforderung entsteht für die Bürgergemeinden mit den Gemeindefusionen.

Das über 470 Seiten starke und gut gestaltete Buch gibt einen Überblick über den Wandel der Bürgergemeinden im Laufe eines Jahrhunderts. Hier wird ein Kapitel Bündner Geschichte geschrieben, eine bemerkenswerte Analyse, die sich trotz wissenschaftlicher Sprachenebene gut liest. Dank der umfassenden Aufarbeitung zahlreicher Dokumente und Quellen ist das eindrucksvolle Werk für Behörden, Interessierte und für jeden Freund der Bündner Geschichte eine spannende Fundgrube.

Simon Bundi: «Gemeindebürgern, Niedergelassenen und Ausländern – eine Bündner Abgrenzungsgeschichte 1874-1974». Hier und jetzt – Verlag für Kultur und Geschichte, Baden. Druck Samedia Production, Chur. 472 Seiten, Abbildungen, separate Karte mit Gemeindeübersicht, Franken 59.- Die Buchvernissage findet am Dienstag, 17. Mai, ab 18 Uhr im Hotel «Stern» in Chur statt. Der Eintritt ist frei.

CVP Domat/Ems stellt ihre Kandidaten vor

DOMAT/EMS Die CVP Domat/Ems lädt interessierte Emserinnen und Emser zu einem Apéro mit ungezwungenem Treffen der CVP-Kandidierenden für die Gemeindevahlen vom 5. Juni ein. Die Wahlveranstaltung findet am Donnerstag, 19. Mai, ab 20 Uhr in der Sentupada statt. Auf dem Programm steht gemäss einer Mitteilung ein Referat von Regierungsrat Mario Cavigelli zum Thema «Naturgefahrenmanagement in Graubünden». Anschliessend wird Luzi Bürkli, Chefredaktor des «Bündner Tagblatts», in einer Talk-Runde Erich Kohler, den Kandidaten für das Gemeindepräsidium, interviewen. Danach stehen beim Apéro alle Kandidierenden der CVP zum lockeren Gespräch bereit, wie es weiter heisst.

Nebst Erich Kohler werden die beiden bisherigen Gemeindevorstandsmitglieder Gabriela Aschwanden und Armin Tanner, die sich für eine weitere Amtsperiode im Gemeindevorstand zur Verfügung stellen, sowie Denise Flury und Mario Beer als Wieder-Kandidierende für den Schulrat präsent sein. Weitere Gelegenheiten, um mit den Emser CVP-Kandidierenden ins Gespräch zu kommen, bieten sich an folgenden Daten: Samstag, 14. Mai, von 9 bis 11 Uhr vor dem Coop und Samstag, 21. Mai, von 9 bis 11 Uhr vor der neuen Migros (Plarenga-Zentrum). (BT)

Neue Grossaufträge für Inventx bringen Chur Arbeitsplätze

Kurze Zeit nach Bekanntgabe der Zusammenarbeit mit **25 Clientis- und Regionalbanken** erhält die IT-Firma Inventx einen weiteren Grossauftrag. Die Churer Finanz-IT-Experten führen künftig die **Cloud von Swiss Life**.

CHUR Swiss Life, die grösste Schweizer Vorsorgeanbieterin, transferiert ihre Kernapplikationen in die Private Cloud von Inventx, wie das Unternehmen gestern bekanntgab. «Wiederum entscheidet sich ein grosser Schweizer Marktplayer für uns», wird Gregor Stücheli, Mitinhaber und Geschäftsführender Partner der Inventx AG, in der Mitteilung zitiert. «Das ist ein schöner Erfolg und zeigt, dass wir mit unseren Werten Swisness, Innovation und Interaktion den Nerv der Finanzwirtschaft treffen. Die Investitionen in unseren hochmodernen Rechenzentrumsverbund zahlen sich aus.»

Die neue Partnerschaft sorgt für weiteres Wachstum: Die Inventx und ihre Schwestergesellschaft Proventx werden rund 15 bis 20 neue Arbeitsplätze am Standort Chur schaffen. Durch den Providerwechsel der Clientis werden 25 neue, langfristige gesicherte Arbeitsplätze entstehen. (NW)



Fühlt sich in der Strategie bestätigt: **Gregor Stücheli**, Geschäftsführender Partner der Inventx. (YB)

Mehr «stille Örtchen» für die Raststätte

Sind viele Busgäste da, kann es Stau geben vor dem WC der **Viamala-Raststätte in Thusis**.

Mit **zusätzlichen Toiletten** will man des Problems nun Herr werden.



Baustart: Urs Tillessen, Martin Rohner, Rudolf Burkhardt und Armando Patzen (Raststätte), Architekt Ivano Iseppi, Baumeister Theophil Petrig (von links). (ZVG)

Mit einem symbolischen ersten Spatenstich haben kürzlich auf dem Gelände der Viamala-Raststätte in Thusis die Arbeiten für einen Erweiterungsbau begonnen. Das Gebäude mit einem Investitionsvolumen von 400 000 Franken wird zusätzliche WC-Anlagen beherbergen, wie es in einer Medienmitteilung des Raststätten-Verwaltungsrats heisst. An Spitzentagen würden bis zu 5000 Personen die Raststätte besuchen, wird Geschäftsführer Martin Rohner in der Mitteilung zitiert; es könne dann durchaus sein, dass sich zehn Reiscars gleichzeitig auf dem Parkplatz befänden. Dies führe

für die Gäste zu Wartezeiten vor den bestehenden Toiletten. Mit der Erweiterung wolle man nun dem vermehrten Aufkommen der Fernbusse Rechnung tragen, so Rohner.

Geplant hat die Baute das Thuser Architekturbüro Iseppi Kurath GmbH, das vor zehn Jahren schon die Raststätte entworfen hat. In Betrieb gehen soll die Anlage im Frühsommer. Angedacht ist gemäss Mitteilung bereits eine nächste Erweiterung: Mittelfristig soll eine Ladestation für Elektrofahrzeuge implementiert werden. Konkrete Gespräche mit Anbietern würden geführt, schreibt der Verwaltungsrat. (JFP)

EVP empfiehlt einmal Ja und viermal Nein

DAVOS Der Vorstand der EVP Graubünden empfiehlt die Änderung des Asylgesetzes, über welche am 5. Juni abgestimmt wird, zur Annahme. Die Asylverfahren in der Schweiz sollen beschleunigt werden, das ist das Ziel der vorliegenden Änderung des Asylgesetzes, wie die EVP Graubünden in einer Medienmitteilung schreibt. Bei der bisherigen Situation, in der die unentgeltliche Rechtspflege nach Aufwand entschädigt werde, würden die Verfahren verlängert. Die übrigen Vorlagen – die Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung sowie die Volksinitiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für eine Strassenverkehrsfinanzierung und zum Service public – würden «wegen unverantwortlicher Forderungen» zur Ablehnung empfohlen, so die EVP Graubünden weiter. Die «Milchkuh-Initiative» sei weit von der Kostenwahrheit entfernt, und die Service-public-Grundversorgung solle man nicht ohne Not umkrempeln. (BT)